

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	19
Erstes Kapitel: Kartellrecht und Wirtschaftskrisen	23
§ 1: Kartelle und ihre Sanktionierung	23
I. Einführung in die Thematik	23
II. Thematische Abgrenzung	24
III. Zielsetzung der europäischen Kartellrechtsordnung	25
1. Allgemeines	25
2. Der ordoliberaler Ansatz	27
3. Der Wohlfahrtsansatz in der Wettbewerbspolitik	29
4. Der „more economic approach“	30
IV. Kartellrechtliche Sanktionen	32
1. Die Theorie der optimalen Abschreckung	32
2. Mögliche Verzerrungen in der Abschreckungswirkung	35
3. Stellenwert des Effizienzziels in der europäischen Kartellrechtstradition	36
V. Geldbußen als Bestandteil des EU-Kartellrechts	38
1. Die Grundtatbestände des EU-Kartellrechts	38
2. Die Verhängung von Geldbußen für Kartelldelikte	41
a) Die Kartelldurchführungsverordnung Nr. 1/2003	41
b) Die Bedeutung von kartellrechtlichen Bußgeldern	41
c) Adressatenkreis	43
d) Bußgeldleitlinien: Inhalt und Rechtsnatur	44
§ 2: Wettbewerbspolitik während der Wirtschaftskrise	48
I. Einführung in die Thematik	48
II. Wettbewerbspolitik in Krisenzeiten	49
1. Kartelle und die Krise	49
2. Das Problem der Marktkonzentration	51
3. Historische Entwicklung in Europa	52
4. Die Weltwirtschaftskrise von 2008	53

III. Der Einfluss der Wirtschaftskrise auf die Wettbewerbspolitik	54
1. Die Reichweite von Krisenmaßnahmen	54
2. Staatliche Beihilfen	55
3. Unternehmenszusammenschlusskontrolle und Sanierungsfusion	58
4. Die Bildung von Krisenkartellen	61
IV. Die Berücksichtigung von sozialen Zielen bei der Kartellrechtsdurchsetzung	63
1. Externe Effekte des Ausscheidens von Unternehmen aus dem Markt	63
2. Folgen des Ausscheidens von Unternehmen aus dem Markt	65
3. Schutzgegenstand des Wettbewerbs und Neubestimmung der Wettbewerbsziele	65
4. Wettbewerb der EU-Politikfelder und Raum für die Berücksichtigung außerwettbewerblicher Ziele	66
V. Schlussfolgerung	70
§ 3: Wettbewerbsrecht und Verteilungsgerechtigkeit	71
I. Umverteilung durch das Kartellrecht?	71
1. Die Verteilungswirkung des Kartellrechts	71
2. Umverteilung zwischen Unternehmen und Verbraucher	73
3. Verteilungsmöglichkeiten im Verhältnis der konkurrierenden Unternehmen untereinander	73
4. Umverteilung durch das Steuerrecht	75
5. Verteilungsgerechtigkeit durch das Kartellrecht	76
6. Verteilungsgerechtigkeit und Effizienz	78
II. Das Gerechtigkeitsverständnis von John Rawls	79
1. Die Relevanz der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls	79
2. Das Differenzprinzip und die Grundstruktur	79
3. Die Bedeutung der Marktstruktur	80
4. Chancenverteilung in Zeiten der Wirtschaftskrise	81
5. Die europäische Integration unter dem Verteilungsaspekt	82

III. Wirtschaftskrisen und kleine Marktteilnehmer	85
1. Die aus der letzten Wirtschaftskrise entstandenen Risiken für KMU	85
2. Der Schutz von kleinen und mittleren Unternehmen in der EU	86
3. Gerechtigkeitsaspekte	88
Zweites Kapitel: Die Berücksichtigung der Zahlungsunfähigkeit nach Ziff. 35 der Bußgeldleitlinien – Chancen und Risiken	91
§ 1: Inhalt und Stellenwert der Regelung	91
I. Erläuterung der Regelung	91
1. Einleitung	91
2. Systematische Eingliederung der Regelung in das bestehende Sanktionsspektrum	92
3. Die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Bußgeldadressaten	95
4. Entstehung der Regelung und Anwendungspraxis seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise	98
5. Die Anwendungsvoraussetzungen im Einzelnen	100
6. Beweismaß und Beschlussfassung	109
7. Verfahren nach ergangener Kommissionsentscheidung	110
8. Kritik und Skepsis	111
9. Die Rolle der Ziff. 35 als Korrekturmechanismus in Krisenzeiten	113
10. Die Interessen der Allgemeinheit als Beurteilungsmaßstab	114
II. Ziff. 35 Bußgeldleitlinien: Anwendungsvorschlag	116
III. Insolvenzrechtliche Aspekte	120
1. Insolvenzrecht im Kontext der Ziff. 35	120
2. Die europäische Insolvenzverordnung	120
3. Implikationen der fehlender Harmonisierung	122
4. Die Zielsetzung der EuInsVO und die Wirtschaftskrise	124
5. Der Aspekt der internationalen Zusammenarbeit	125
IV. Rechtssystematische Kohärenz bei der Anwendung der Regelung	126
1. Verhältnis zur Ziff. 37	126

2. Gefährdung anderer strafmildernden Umstände durch die Anwendung von Ziff. 35	129
a) Ziff. 35 im Kontext der Kronzeugenregelung	129
b) Zusammenarbeit nach Ziff. 29 der Bußgeldleitlinien	130
§ 2: Die Berücksichtigung der Zahlungsunfähigkeit bei wiederholten Kartellrechtsverstößen	131
I. Die Sanktionierung der Rückfälligkeit	131
1. Charakteristika der Rückfälligkeit	131
2. Die Rückfälligkeit im Kartellrecht	133
a) Rückfälligkeit als erschwerender Umstand	133
b) Die zeitliche Begrenzung der Rückfälligkeit	136
c) Berücksichtigung der kartellrechtlichen Rückfälligkeit in der Praxis	139
3. Systemrisiken angesichts der Kronzeugenregelung	140
4. Rückfälligkeit und wirksame Abschreckung	142
5. Die Rückfälligkeit aus ökonomischer Sicht	143
II. Die Anwendung der Ziff. 35 bei Rückfälligkeit	144
1. Die Risikoeinstellung des Normadressaten als Schlüsselement	144
2. Ergebnis: Keine Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit von Wiederholungstätern	145
§ 3: Die Rolle der Unionsgrundrechte bei Bußgeldverhängung und Insolvenz	147
I. Einführung	147
II. Europäische Grundrechte	147
1. Die europäischen Grundrechte und das Bußgeldverfahren	147
2. Entwicklung der Grundrechte durch die Rechtsprechung des EuGH	149
3. Verankerung der Grundrechte im Primärrecht	150
III. Verfahrensgrundrechte	151
1. Der strafrechtliche Charakter von Kartellsanktionen als Vorfrage	151
2. Die Verfahrensgrundrechte im Einzelnen	154
a) Das Recht auf effektiven Rechtsschutz	154
aa) Grundrechtsinhalt	154

bb) Gerichtliche Überprüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	156
b) Recht auf ein faires Verfahren und institutionelle Trennung von Ermittlung und Sanktionierung	158
c) Der Grundsatz „nulla poena sine lege“ und das Bestimmtheitsgebot	159
d) „Ne bis in idem“ und dezentrale Anwendung des EU-Kartellrechts	162
IV. Die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Verhältnismäßigkeit	164
1. Der Gleichheitsgrundsatz	164
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	168
V. Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Grundrechte durch die Nichtanwendung von Ziff. 35	171
1. Wettbewerbsrecht und wirtschaftliche Grundrechte	171
2. Gerichtliche Grundrechtsprüfung	171
3. Die einzelnen Wirtschaftsgrundrechte	173
a) Berufsfreiheit	173
b) Unternehmerische Freiheit	175
c) Eigentumsgrundrecht	175
Drittes Kapitel: Andere Durchsetzungsinstrumente des Kartellrechts: Zielkonflikte und Alternativen	179
§ 1: Implikationen aus der Kriminalisierung des Kartellrechts	179
I. Einleitung	179
II. Definition, Entwicklung und aktueller Stand der Diskussion	180
1. Abgrenzung der strafrechtlichen von monetären Sanktionen	180
2. Motor und Stand der Kriminalisierung in den USA und Europa	183
3. Anwendung der Theorie der optimalen Abschreckung im Bereich des (Kartell)strafrechts	184
4. Die Einführung von Kriminalstrafen: Abwägung von Pro und Contra	186
a) Argumente für die Kriminalisierung	186
b) Argumente gegen die Kriminalisierung	188

5. Kriminalisierung in der EU: Zuständigkeiten und Konflikte	189
a) Rechtssetzungsbefugnis der EU im Bereich des Strafrechts	189
b) Netzwerkeffekte bei der Kartellrechtsdurchsetzung auf mitgliedstaatlicher und EU-Ebene	192
c) Zusammenspiel mit der Kronzeugenregelung	196
6. Das Ob und das Wie der Kriminalisierung des Kartellrechts	197
a) Voraussetzungen und Zweckmäßigkeit der Pönalisierung	197
b) Die Gefahr der Instrumentalisierung von Kriminalstrafen für Kartelldelikte	201
c) Die optimale Höhe von Kriminalstrafen	202
d) Verteilung der Sanktionen zwischen Individualpersonen und Unternehmen	205
e) Die Ausgestaltung des Straftatbestands	208
7. Kriminalisierung und Zahlungsunfähigkeit	209
a) Kriminalstrafen und Geldsanktionen: Ersetzung oder Ergänzung?	209
b) Korrelation zwischen Kriminalstrafen und Bußgeldern	210
c) „Ne bis in idem“ und Zusammenrechnung von Kriminal- und Geldstrafen	213
8. Alternativen zur Kriminalisierung	215
9. Schlussfolgerung	217
§ 2: Zahlungsfähigkeit und privatrechtliche Kartellrechtsdurchsetzung	218
I. Einführung	218
II. Die private Durchsetzung des Kartellrechts	219
1. Allgemeines	219
2. Zielsetzung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung	221
3. Die private Durchsetzung des Kartellrechts in den U.S.A.	223
III. Entwicklung des Private Enforcement in der EU	225
1. Rechtsprechung	225
2. Gesetzgeberische Maßnahmen vor der Verabschiedung der Kartellschadensersatzrichtlinie	227

3. Die neue Richtlinie zu kartellrechtlichen Schadensersatzklagen	228
a) Regelungsherausforderungen	228
b) Regelungsinhalt	230
IV. Verhältnis zwischen behördlicher und privater Kartellrechtsdurchsetzung	233
1. Rechtslage in der EU	233
2. Schadensausgleich vs. Abschreckung	234
3. Komplementarität zwischen den Instrumenten	235
4. Mögliche Konflikte zwischen Private und Public Enforcement	237
5. Ökonomische Betrachtung	240
V. Prozessuale Aspekte der privaten Kartellrechtsdurchsetzung	241
1. Die Bindung des Zivilgerichts an behördliche Entscheidungen	241
2. Voraussetzungen für Klageerhebung und Arten von Schadensersatzklagen	242
3. Gesamtschuldnerische Haftung der Kartellverbrecher und Innenausgleich	243
4. Die Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit bei parallelen Verfahren	245
VI. Ziff. 35 und die private Kartellrechtsdurchsetzung	246
1. Die Gefahr der Überabschreckung	246
2. Der Schutz des leistungsunfähigen Unternehmens bei privaten Schadensersatzansprüchen	248
3. Lösungsansätze	249
a) Die Berücksichtigung privater Schadensersatzansprüche im Rahmen der behördlichen Durchsetzung des Kartellrechts	249
b) Die Berücksichtigung verhängter Bußgelder im Rahmen der privaten Durchsetzung des Kartellrechts	250
VII. Ergebnis	251
§ 3: Alternative Lösungen zur Vermeidung von Insolvenzen	254
I. Allgemeines	254
II. Die Stundung der Geldbuße als Alternative zur Krisenermäßigung	256

III. Schlussfolgerung	258
Fazit	261
Literaturverzeichnis	265